

Niederschrift



Gremium: **21. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**
Sitzungsdatum: **Dienstag, den 28.09.2010**
Sitzungsort: **Landrat Dr. Wiesenthal Haus Dinkelscherben, Burggasse 100, 86424 Dinkelscherben**
Beginn: 14:06 Uhr Ende: 16:40 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Renate Durner
Annemarie Finkel
Sabine Grünwald
Sabine Höchtl-Scheel
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Alexander Kolb
Paul Reisbacher
Dr. Max Stumböck entschuldigt
Carolina Trautner
Bernhard Walter
Frank Weiher

Vertreter:

Hannelore Britzlmair Vertretung für Herrn Bernhard Walter

Verwaltung:

Armin Falkenhein
Martin Girner
Michael Püschel
Wolfgang Rößle

Weitere Anwesende:

Herr Gruber – Kreisjugendheim Dinkelscherben
Herr Krauß – Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen
Herr Utz – Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen

Schriftführerin:

Brigitte Art

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Besichtigung Schullandheim Dinkelscherben
2. Landrat Dr. Wiesenthal Haus Dinkelscherben;
Nutzung Heimleiterhaus, Sanierung Schwimmbad,
energetische Situation Gebäude, Erläuterung und Vorstellung
Vorlage: 10/0200
3. Landrat Dr. Wiesenthal Haus Dinkelscherben;
Nutzung Heimleiterhaus
Vorlage: 10/0201
4. Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen;
Raumbedarf und Sanierungsbedarf
Vorlage: 10/0202
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

7. Staatliches Gymnasium Königsbrunn;
Betriebsvereinbarung 3-fach Sporthalle zwischen
Stadt Königsbrunn und Landkreis Augsburg
Vorlage: 10/0203
8. Justus-von-Liebig-Gymnasium Neusäß;
geplante Verpachtung Mensa
Vorlage: 10/0204
9. Bekanntgabe dringliche Anordnung;
Auflösung Geschäftsführervertrag Klostermühlenmuseum und
Begründung eines neuen Geschäftsführervertrags
Vorlage: 10/0206
10. Klostermühlenmuseum Thierhaupten;
künftige Geschäftsführung
Vorlage: 10/0207
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

KR Weiher teilt mit, dass ihm keine Sitzungsunterlagen zugegangen seien, weshalb er sich nicht vorbereiten konnte. Weiter bittet er, dass auch Unterlagen die nachgereicht werden mindestens 2 Tage vor der Sitzung eingehen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Besichtigung Schullandheim Dinkelscherben

Herr Gruber führte die Anwesenden durch das Kreisjugendheim und stellte vor Ort die Problematik bei dem Schwimmbad und bei dem Heimleiterhaus dar.

TOP 2 Landrat Dr. Wiesenthal Haus Dinkelscherben; Nutzung Heimleiterhaus, Sanierung Schwimmbad, energetische Situation Gebäude, Erläuterung und Vorstellung Vorlage: 10/0200
--

Sachverhalt:

Schwimmbad:

Im Schwimmbad des Landrat-Dr.-Wiesenthal-Hauses Dinkelscherben (Schullandheim) wurde 2009 festgestellt, dass sich die Fliesen teilweise lösen und daher sanierungsbedürftig sind. Im Vorgriff auf die geplante Fliesensanierung wurde durch das SG 61/ Hochbau das Gutachterbüro Bautest beauftragt, Bauteilproben im Bereich der Boden- und Wandflächen zu untersuchen. In diesem Zuge wurde auch die abgehängte Decke im Randbereich an einer Stelle geöffnet und auch eine Beprobung der Stahlbetonrippendecke durchgeführt. Diese Proben ergaben, dass umfangreiche Betonsanierungen der Stützen, Wände und Decken notwendig sind. Nach Auswertung der Ergebnisse empfahl Bautest die Stahlbetonrippendecke im Bereich der Hallenbadmitte großflächig nochmals freizulegen und auch einer statischen Begutachtung zu unterziehen. Hierbei wurde festgestellt, dass die Rippendecke Schäden in Form von Verdichtungsfehlstellen sowie freiliegender, korrodierter Bewehrung aufweist. Zudem hat eine tiefgehende Carbonatisierung des Betons stattgefunden, so dass bei den vorliegenden Feuchtebedingungen die Gefahr carbonatisierungsinduzierter Bewehrungskorrosion besteht. Die vorliegenden Schäden machen die Planung und Durchführung umfangreicher Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Sofortiger Handlungsbedarf besteht nach Aussage des Prüfstatikers Bernhard jedoch noch nicht, so dass die Maßnahme auch im Jahr 2012, zusammen mit der Fliesensanierung, durchgeführt werden kann.

Nach Terminplanung der beauftragten Planungsbüros Kling Architekten GmbH dauert die Fliesensanierung und die Betonsanierung voraussichtlich ca. 25 Wochen, wovon nach jetzigem Stand eine Vollsperrung des Schullandheimes von gut 2 Wochen aufgrund des Baulärms erforderlich sein wird. Diese Arbeiten sind nunmehr für 2012 geplant.

Brandschutzmaßnahmen:

Zum baulichen Brandschutz wurde das Fachplanungsbüro Weldishofer & Hienle mit der Ausarbeitung eines Brandschutznachweises beauftragt. Als Ergebnis hieraus sind verschiedene bauliche/technische Brandschutzmaßnahmen umzusetzen, die ca. 6-8 Wochen Bauzeit

erfordern, während der im Schullandheim keine Gäste untergebracht werden können. Erste Übergangslösungen wurden bereits umgesetzt bzw. können noch dieses Jahr während des laufenden Betriebs eingebaut werden.

Energetische Situation

Das Planungsbüro Kling Architekten GmbH wurde ferner beauftragt, den weiteren, insbesondere energetischen Sanierungsbedarf des Schullandheimes zu prüfen. Das Ergebnis wird ggf. in die Investitionsplanung 2011/2012 einfließen.

Der zuständige Bau- und Umweltausschuss wird sich demnächst ebenfalls mit der Thematik befassen.

Schwimmbad:

Im Schwimmbad des Landrat-Dr.-Wiesenthal-Hauses Dinkelscherben (Schullandheim) wurde 2009 festgestellt, dass sich die Fliesen teilweise lösen und daher sanierungsbedürftig sind. Im Vorgriff auf die geplante Fliesensanierung wurde durch das SG 61/ Hochbau das Gutachterbüro Bautest beauftragt, Bauteilproben im Bereich der Boden- und Wandflächen zu untersuchen. In diesem Zuge wurde auch die abgehängte Decke im Randbereich an einer Stelle geöffnet und auch eine Beprobung der Stahlbetonrippendecke durchgeführt. Diese Proben ergaben, dass umfangreiche Betonsanierungen der Stützen, Wände und Decken notwendig sind. Nach Auswertung der Ergebnisse empfahl Bautest die Stahlbetonrippendecke im Bereich der Hallenbadmitte großflächig nochmals freizulegen und auch einer statischen Begutachtung zu unterziehen. Hierbei wurde festgestellt, dass die Rippendecke Schäden in Form von Verdichtungsfehlstellen sowie freiliegender, korrodierter Bewehrung aufweist. Zudem hat eine tiefgehende Carbonatisierung des Betons stattgefunden, so dass bei den vorliegenden Feuchtebedingungen die Gefahr carbonatisierungsinduzierter Bewehrungskorrosion besteht. Die vorliegenden Schäden machen die Planung und Durchführung umfangreicher Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Sofortiger Handlungsbedarf besteht nach Aussage des Prüfstatikers Bernhard jedoch noch nicht, so dass die Maßnahme auch im Jahr 2012, zusammen mit der Fliesensanierung, durchgeführt werden kann.

Nach Terminplanung der beauftragten Planungsbüros Kling Architekten GmbH dauert die Fliesensanierung und die Betonsanierung voraussichtlich ca. 25 Wochen, wovon nach jetzigem Stand eine Vollsperrung des Schullandheimes von gut 2 Wochen aufgrund des Baulärms erforderlich sein wird. Diese Arbeiten sind nunmehr für 2012 geplant.

Brandschutzmaßnahmen:

Zum baulichen Brandschutz wurde das Fachplanungsbüro Weldishofer & Hienle mit der Ausarbeitung eines Brandschutznachweises beauftragt. Als Ergebnis hieraus sind verschiedene bauliche/technische Brandschutzmaßnahmen umzusetzen, die ca. 6-8 Wochen Bauzeit erfordern, während der im Schullandheim keine Gäste untergebracht werden können. Erste Übergangslösungen wurden bereits umgesetzt bzw. können noch dieses Jahr während des laufenden Betriebs eingebaut werden.

Energetische Situation

Das Planungsbüro Kling Architekten GmbH wurde ferner beauftragt, den weiteren, insbesondere energetischen Sanierungsbedarf des Schullandheimes zu prüfen. Das Ergebnis wird ggf. in die Investitionsplanung 2011/2012 einfließen.

Der zuständige Bau- und Umweltausschuss wird sich demnächst ebenfalls mit der Thematik befassen.

Überrascht zeigt sich **KR Hölzl**, dass das Schwimmbad nach der letzten Generalsanierung im Jahr 1998 bereits wieder saniert werden solle. Bereits damals war man sich über die Bedeutung des Schwimmbades für das Kreisjugendheim Dinkelscherben im Klaren.

Herr Girner erklärt, dass die letzte Sanierung bei der Ausführung nicht korrekt gelaufen sei. Hierzu gebe es unterschiedliche Meinungen zwischen der damals ausführenden Firma und der Bauabteilung. Vorgesehen war eine flächige Abdichtung unter die Fliesen anzubringen. Das Ausgeschriebene wurde allerdings nicht ausgeführt. Stattdessen wurde ein Gussasphalt eingebaut, der nach Meinung der Firma ebenfalls wasserdicht sei. Aufgrund der Unebenheiten musste dieser noch gespachtelt werden. Nach jetzigem Kenntnisstand sei diese Spachtelmasse durch das auf Dauer eindringende vorhaltige Wasser zerbröselt.

KR Hölzl bemerkt, dass das Schwimmbad einen sauberen top Eindruck mache. Allein von der Optik sei es schwer vorstellbar, dass hier eine Sanierung geboten sei. Allerdings werde dieser Bedarf im unteren Gang gesehen, wo an manchen Stellen Wasser sintert.

Hierbei handelt es sich nach Aussage von **Herrn Girner** um Feuchteschäden. Aufgrund der fehlenden Abdichtung laufe Oberflächenwasser durch die Fugen durch die doppelte Wand. Dies sei über viele Jahre erfolgt. Weiter sei der Stahlbeton hinter der Deckenabhängung und hinter den Wandfliesen und Wandverkleidungen durch die chlorhaltige Luft beschädigt.

Auf die Frage, ob die Beschädigungen an dem Stahlbeton statisch langfristig haltbar seien, teilt **Herr Girner** mit, dass dies von einem Statiker untersucht wurde. Zuerst habe man sich auf die Schwimmbadsanierung und die Fliesenwände konzentriert. Weiter wurde empfohlen die Decke mit untersuchen zu lassen, was im Sommer erfolgt sei. Hier wurde die Stahlbetonkonstruktion teilweise freigelegt. Schadenskartierungen wurden vorgenommen und vom Statikbüro begutachtet. Ergebnis war der festgeschriebene Sanierungsbedarf. Derzeit sei dieser nicht kritisch, könne aber nicht lange geschoben werden, weshalb die Betonsanierung im Haushalt 2012 vorgesehen sei.

Der Vorsitzende betont, dass die Attraktivität des Kreisjugendheimes durch das Schwimmbad mit begründet werde, was auch in Zukunft erhalten werden solle.

KR in Huber erkundigt sich, ob man sich mit der Energetik des Hauses bzw. des Schwimmbades beschäftigt habe und nach der Höhe des Energieaufwandes. Die Gesamtheit unter Berücksichtigung eventueller Einsparungen solle ihrer Meinung nach im Bauausschuss dargestellt werden.

Herr Gruber teilt mit, dass sobald der Brauchwasserspeicher mit Solarenergie gefüllt sei, die Restwärme in das Schwimmbad gehe. Dies sei im Sommer oft der Fall. Genaue Zahlen können allerdings nicht genannt werden.

Der Vorsitzende erachtet es für wichtig, die Gesamtmaßnahme aufzuzeigen.

Herr Girner erklärt, dass ein Planungsbüro sämtliche Gebäude hinsichtlich der Energetik und möglicher anstehenden Sanierungsmaßnahmen untersuche. In den nächsten Monaten werden erste Erkenntnisse und Vorschläge erwartet.

Auf der einen Seite werde die Attraktivität erhalten und auf der anderen Seite solle das Heimleiterhaus abgerissen, was laut **KR Hölzl** überlegt werden müsse.

Der Vorsitzende stellte die Kenntnisnahme fest.

TOP 3	Landrat Dr. Wiesenthal Haus Dinkelscherben; Nutzung Heimleiterhaus Vorlage: 10/0201
--------------	--

Sachverhalt:

Seit 2008 wird die Werkdienstwohnung des Heimleiters nicht mehr als solche genutzt, da das Haus letztlich für ihn zu groß und damit die Miete und die Nebenkosten damit zu teuer waren. Auch künftig wird der Bedarf an einem Heimleiterhaus nicht mehr gesehen, da davon ausgegangen wird, dass Nachfolger eigenen Wohnraum nutzen können und werden und Bereitschaftsdienste durch Anwesenheit im Gebäude bzw. mit Hilfe Mobiltelefon gewährleistet werden.

Für eine damit mögliche Folgenutzung des nun freien Gebäudes wurde im Juni 2009 von Herrn Gruber erarbeitet. Dieser Vorschlag sah ein weiteres Unterkunftshaus vor. Ein modifiziertes Konzept legte Herr Gruber mit Schreiben 10.3.2010 vor (Anlage 1). Die Abt. 6 beauftragte die Architekten Moschner und Ölschläger mit dem Entwurf einer Umsetzung.

Die vorgelegte Kostenschätzung vom 12.2.10 ergab Sanierungskosten in Höhe von ca. 164.000 € (höchste Schätzung), wobei eine Lüftungsanlage für Sanitärräume bisher nicht vorgesehen ist und die Heizung möglicherweise erneuert werden muss. Allerdings ging man zu dem Zeitpunkt davon aus, dass das Dach nur einen geringen Sanierungsbedarf hat. Mittlerweile ergab eine Untersuchung, dass die Isolierung komplett durchfeuchtet und damit komplett sanierungsbedürftig ist. Dies ergibt weitere Kosten von ca. 20.000€. Für die Nutzung ist zudem Mobiliar für ca. 56.000 € erforderlich. Daraus ergibt sich ein Gesamtaufwand von rd. 240.000 €.

Demgegenüber stehen im günstigsten Fall Einnahmen von jährlich 56.000 €. Neben den Sanierungskosten würden weitere laufende Ausgaben von 19.000 € (Personal) anfallen.

Ein erster Kosten/Nutzenvergleich ergibt, dass erforderliche Investitionen sich frühestens nach 9 -10 Jahren rechnen würden. Unberücksichtigt der weitere Bauunterhalt in der Nutzungszeit, sowie die nicht vorhersehbare Belegungstendenz. Eine Nutzung ohne zusätzliche Übernachtungsmöglichkeit würde keine Mehreinnahmen erzeugen, da zusätzliche Einnahmen grundsätzlich nur mit zusätzlichen Übernachtungen möglich sind.

Damit erscheint eine weitere Nutzung des Heimleiterhauses nicht mit vertretbaren Ausgaben möglich. Sofern Investitionen im Bereich des Schullandheimes möglich sind, sind diese derzeit vorrangig im Hauptgebäude erforderlich, z. B. Schwimmbad, energetische Sanierung des Hauptgebäudes + Turnhalle, Brandschutz etc.

Da das Gebäude derzeit noch Kosten erzeugt (z.B. für geringe Beheizung) und ein Verfall nicht hingenommen werden kann, wird ein vorerst ersatzloser Abbruch vorgeschlagen. Die Kosten dafür sind noch zu ermitteln.

Zu einer möglichen Nachfolgenutzung des freien Grundstücks hat Herr Gruber mit Schreiben 21.5.2010 Vorstellungen entwickelt (Anlage 2).

Im Anschluss an die Sachverhaltserläuterung durch **Herrn Falkenheim**, bemängelt **KR Hölzl**, dass zu wenig Zeit vorhanden war, sich in den Fraktionen zu beraten. Den Punkt 1 des Beschlussvorschlages stelle er für sich in Frage. Eventuell gebe es eine andere Entwicklung, die ein Heimleiterhaus in Zukunft wieder notwendig macht. Überlegt werden solle, ob nicht eine anderweitige Belegung des Hauses in Frage kommen könne. Der Vorschlag das Heim-

leiterhaus für Musikgruppen umzubauen halte er zwar für positiv, die Finanzierung allerdings für schwierig.

Bis auf zwei Schadstellen, wo Feuchtigkeit eindringt, sei er von dem guten Substanzzustand des Hauses überrascht. Die komplette Infrastruktur sei in dem Haus vorhanden. Dieses ersatzlos abubrechen, könne er heute nicht entscheiden. Als Privatperson würde man ein solches Haus niemals abreißen.

Nachdem Herr Gruber die Verwaltung von dem Entschluss informiert habe, nicht mehr das Heimleiterhaus bewohnen zu wollen, teilt **Herr Püschel** mit, dies intensiv geprüft zu haben. Das Arbeitsrecht gebe diesbezüglich nichts her, dass der Leiter am Heim wohnhaft sein müsse. Menschlich sei die Entscheidung von Herrn Gruber durchaus nachvollziehbar, da er Rund um die Uhr Ansprechpartner für die Gäste war.

Weiter verweist er auf Beispiele, wie die Doppelhäuser beim Bauhof Diedorf, die schon lange nicht mehr als Betriebsleiterwohnung genutzt, sondern vermietet werden. Diese Vermietungen führen immer wieder zu Konflikten.

Von der Substanz her sei das Heimleiterhaus in einem guten Zustand. Dieses aber weiterhin leer stehen zu lassen, sei allerdings die wahrscheinlich schlechteste Lösung. Sollte dieses Haus anders genutzt werden, müsse man sich zumindest über die Energetik Gedanken machen, was wiederum zu Investitionen führe. Die Verwaltung sei nicht davon ausgegangen, dass in der heutigen Sitzung eine Entscheidung gefällt werde. Es sollte lediglich ein Signal gesendet werden. Bereit sei er das Haus auszuschreiben, um einen Mietinteressenten zu finden. Dies dürfe allerdings zu keinem Konflikt mit der originären Nutzung führen.

Im Großen und Ganzen könne sich der Vorgehensweise **KR`in Grünwald** anschließen. Bemängeln wolle sie allerdings, dass mit der termingerecht eingegangenen Einladung keinerlei Vorlagen mitgeschickt wurden. Gerade vor solchen Entscheidungen bestünde Beratungsbedarf mit den Fraktionen. Für den Fall, dass wiederum keine Vorlagen mitgeliefert werden, müsste ihrer Ansicht nach die Sitzung verschoben werden.

Herr Püschel erklärt, dass die Einladung 2 Tage nach Ende der Sommerferien verschickt wurde und sowohl er selbst als auch Herr Falkenheim im Urlaub waren. Deswegen war es nicht möglich, die Vorlagen zu erstellen. Hierbei handelt es sich um eine Ausnahme, weshalb er auch um Verständnis bittet.

Nach Meinung von **KR`in Grünwald** solle versucht werden, dieses Haus zu vermieten. Auch könne das Haus über einen eigenen Eingang erreicht werden, ohne über das Gelände des Kreisjugendheimes zu müssen. Lediglich ein Zaun müsste das Grundstück abtrennen.

Um sicherzustellen, dass niemand sich auf dem dann privaten Gelände bewegt, müsse laut **Herrn Gruber** das komplette Gelände eingezäunt werden. Die Spielregeln auf diesem Gelände bestimmen die Gäste. Weiter gebe es keine Nachtruhe, so dass Musikgruppen mit 60 Mann zum Teil bis nach Mitternacht proben. Konflikte seien seiner Meinung nach hier vorprogrammiert, falls ein Fremder dieses Haus anmietet.

KR`in Grünwald bemerkt, dass dies auf den Mietpreis einfließen könne. Selbst eine geringe Einnahme sei besser, als das Haus leer stehen zu lassen.

Nach dem persönlichen Eindruck von **KR Weiher**, solle das Haus abgerissen werden. Selbst wenn ein Mieter gefunden werde, sei dies bestimmt nicht so einer, den man sich vorstellt. Das Geld, was durch einen Abriss gespart werde, könne dann im Haupthaus investiert werden. Dennoch halte er die Beratung in der Fraktion für unumgänglich.

Bedenken äußert **KR Reibacher** hinsichtlich eines Abrisses. Deswegen schlägt er vor, sich mit der WBL in Verbindung zu setzen, um nach Rat zu fragen.

KR Buhl vertritt eher die Auffassung, dass man das Haus ausschreiben solle. Ihm selbst gehe es von der Nutzung her in eine andere Richtung. Er könne sich sehr gut eine Organisation, Musikgruppen oder ähnliches vorstellen, die nicht die ganze Woche über hier seien. Eine solche Nutzung würde auch nicht zu Konflikten mit dem Kreisjugendheim führen.

Nichts desto trotz müsse nach Meinung von **KR`in Finkel** die Heizungsanlage ausgetauscht werden und die Schadstellen behoben werden. Diese Investitionen müssen den Mieteinnahmen gegenüber gestellt werden.

KR Hölzl erkundigt sich, ob geprüft wurde, in den Räumen das Aufsichtspersonal unterzubringen. Weiter könne er sich eine Nutzung durch das Bunte Haus oder Eukitea vorstellen. Natürlich müsse Geld investiert werden, um das Haus herzurichten.

Herr Gruber erklärt daraufhin, dass die Betreuer und Lehrer nachts die Gruppennähe suchen. Die Einzelzimmer seien bei den Schulklassen untergebracht.

Auf die Frage von **KR`in Grünwald**, wie groß das Heimleiterhaus sei, teilt **Herr Girner** mit, dass es sich im Erdgeschoss um 110 qm handelt.

Der Vorsitzende schlägt die Beratung in den Fraktionen vor. Egal, was man mit dem Heimleiterhaus mache, es werde zu einem zweiten Zuschussbetrieb neben dem Haupthaus. Keine Organisation werde die Vollkosten übernehmen. Schlussendlich werde sich die Frage stellen, ob das Haus abgerissen werden oder nicht. Für das Haus seien 300 € Miete realistisch. Der Landkreis zahle schon allein wegen der Heizkosten drauf.

Falls der Landkreis schon zuschieße, wäre ihm eine vernünftige Lösung, wie der Punkt 3 mit den Musikerbegegnungen, am liebsten. Bis zur nächsten Sitzung werde der Gesamtsanierungsaufwand ermittelt. Im Anschluss an die Fraktionsberatungen werde dann eine Lösung für das Heimleiterhaus gesucht.

**TOP 4 Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen;
Raumbedarf und Sanierungsbedarf
Vorlage: 10/0202**

Sachverhalt:

Die Schulleitung des Paul-Klee-Gymnasiums Gersthofen wandte sich mit Schreiben vom 17.07.2010 (Anlage) an den Landkreis Augsburg und informiert über die dort herrschende angespannte Raumsituation. Neben etlichen Nebenräumen wie Garderobenräumen, dem Medienraum, Kollegstufenbetreuung und Bibliothek, die aufgrund der Raumknappheit bereits umgewidmet werden mussten, werden insbesondere die folgenden Handlungsfelder thematisiert:

1. Es fehlen dauerhaft fünf große Klassenzimmer
2. Das Lehrerzimmer, das seinerzeit für rund 50 Lehrkräfte dimensioniert wurde, ist zu klein, weil zum Schuljahr 2010/2011 rund 90 Lehrer unterrichten.
3. Fehlende Elternsprechzimmer
4. Fehlende Fach- und Lagerräume

Veranlasst durch die beengten räumlichen Verhältnisse hat die Schulleitung ein Bauprogramm (Anlage) erstellt, um den Raummangel mittels der einschlägigen Schulbauverordnung, anhand derer der Raumbedarf ermittelt wird, zu konkretisieren. Nach dessen Überarbeitung durch die Verwaltung würde sich ein Raumbedarf von 7.092 m² ergeben. Derzeit hat die Schule 5.768 m² im Bestand, sodass sich in Summe ein räumlicher Fehlbedarf von rund 1.322 m² darstellt – davon entfallen rund 450 m² auf fehlende Klassenräume, 84 m² auf Ausweichräume, rund 260 m² auf Fachräume sowie 510 m² für allgemeine Bereiche (Räume für Lehrpersonal, Verwaltung und Hausmeister). Durch Umorganisation kann ebenfalls kein zusätzlicher Raum gewonnen werden.

Aufgrund der fehlenden Klassen- und Fachräume hat sich der Landkreis mit einer Anfrage an die Stadt Gersthofen gewandt mit dem Ziel, kurzfristig Klassenraum in der benachbarten Hauptschule anzumieten. Die Stadt teilt mit Schreiben vom 06.08.2010 mit, dass diese als Übergangslösung gedachte Maßnahme nicht realisiert werden kann, weil es der Hauptschule ihrerseits an Klassenzimmern und Fachräumen mangelt.

Um den tatsächlichen Raumbedarf zu konkretisieren und abschließend festlegen zu können, beabsichtigt die Schulverwaltung, sich mit der Regierung von Schwaben in Verbindung zu setzen und das Bauprogramm entsprechend abzustimmen. Dieses Bauprogramm sollte dann Grundlage weiterer Planungen sein.

Im Zuge von Planungen zur Umsetzung der Versammlungsstätten Verordnung für die in der Pausenhalle stattfindenden Veranstaltungen und der geplanten weiteren EDV technischen Vernetzung der Schule hat der Hochbau das Fachbüro Weldishofer mit der Überprüfung der bestehenden Brandschutzsituation beauftragt. Das Fachbüro hat inzwischen einen Brandschutznachweis erarbeitet, der zur weiteren Bearbeitung dem Architekturbüro Schuller und Tham übergeben wurde. Das Architekturbüro Schuller und Tham wurde damit beauftragt, das vorherrschende Sicherheits- und Brandkonzept unter Berücksichtigung energetischer und funktionaler Anforderungen zu überprüfen. Die Architekten teilen als Ergebnis ihrer ersten Einschätzung inzwischen mit. Es besteht sicherheitstechnischer Sanierungsbedarf, nicht zuletzt auch aufgrund gestiegener Schülerzahlen. Hierzu sind bereits erste provisorische Maßnahmen umzusetzen. Dies wird durch die Architekten in Zusammenarbeit mit der Hochbauverwaltung momentan bearbeitet. Mittelfristig ist die vorhandene Bausubstanz an heutige Sicherheitsstandards anzupassen, ferner besteht ein erhebliches Energieeinsparpotential, das noch nicht näher beziffert werden konnte. Dafür bedarf es laut Architekturbüro zunächst

einer detaillierten Grundlagenermittlung mit Machbarkeitsstudie. In diese Studie ist auch der nach Schulbauverordnung bestehende Fehlbedarf an Räumen einzuarbeiten. Der Hochbau hat für das Paul-Klee-Gymnasium im Investitionsplan 300.000 € für 2012 (Planungskosten) sowie weitere 15.700.000,00 € für die Jahre ab 2013 angemeldet.

Die Sachverhaltsdarstellung erfolgt durch **Herrn Falkenhein**. Im Anschluss ergänzt **Schulleiter Kraus**, dass auch das Lehrerzimmer viel zu klein sei für die derzeit 90 Lehrer. Ursprünglich war dieses auf 50 Lehrer ausgerichtet. Im Alltag sehe dies so aus, dass Fachlehrer meist ihre Pausen in den Fachräumen verbringen und bei Lehrerkonferenzen sitzen Lehrer auf den Gängen und zwischen den Tischen. Auch erläutert er nochmals die beengten räumlichen Verhältnisse in der Schule. Es gebe weder Aufenthaltsräume für Lehrer noch Stillarbeitsräume. Weiter müssen sich Lehrer teilweise auf den Gängen mit den Eltern besprechen. Auch für Praktikanten gebe es keinen Raum. Man sei an den Grenzen angelangt. Mittlerweile werden auch die IZBB Räume genutzt, was eigentlich nicht der Fall sein dürfte. Weiter kommen Sicherheitsbedenken hinzu, die von einem Architekturbüro geäußert wurden. Ausgangspunkt dieser Überlegung war, dass man im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eine größere Lösung ins Auge fassen wolle.

Laut **KR Hölzl** sei die Problematik überzeugend dargestellt worden. Handlungsbedarf werde gesehen. Nachdem vor Jahren im Rahmen der IZBB Diskussion eine Alternative für einen anderen Standort angesprochen wurde, schließt er daraus, dass für eine eventuell notwendige Erweiterung vor Ort Platz vorhanden sei. Dies bestätigt **Herr Utz**. Das Grundstück sei so beschaffen, dass eine Erweiterung durchaus möglich sei.

KR'in Grünwald merkt an, dass dies noch nicht mit der Regierung von Schwaben durchgesprochen sei. Weiter stellt sie in Frage, ob ein Sprachlabor heutzutage noch erforderlich sei bzw. ob es nicht sinnvoller sei, dieses an einen Computer- oder Multimediaraum angliedern. Auch der Bereich Zeichnen und Kunst sei ihrer Meinung nach großzügig bedacht worden. Der Raumbedarf solle noch einmal überdacht und zusammengefasst werden. Bei den vorgebrachten Wünschen handelt es sich mit Sicherheit um berechnete. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage könne sie dem Vorschlag zustimmen, dass der Raumbedarf in Zusammenarbeit mit der Regierung von Schwaben ermittelt werde. Inwieweit dieser verwirklicht werden kann, hänge an der Haushaltslage und an der Prioritätenliste. Aufgrund dieser müssen die Wünsche, die durchaus berechnete seien, leider hinten angestellt werden.

KR Weiher sieht die Notwendigkeit hier den entsprechenden Raumbedarf zu schaffen, um ein adäquates Arbeiten zu ermöglichen. Notwendig seien neben den Vorbereitungsräumen für Lehrer auch entsprechende Unterbringungen für die Schüler. Dennoch müsse wohl eine Maßnahme in einer solchen Größenordnung hinten anstehen, da die Positionen auf der Prioritätenliste zuvor abgearbeitet werden müssen. Gegen die Vorgehensweise, den Raumbedarf mit der Regierung von Schwaben abzuklären, sei seiner Meinung nach nichts einzuwenden. Gehofft werden dürfe, dass daraufhin bald eine Umsetzung erfolgen könne.

KR Reisbacher vertritt die Auffassung, dass diese Probleme, die auch an anderen Schulen vorhanden seien, nicht in der Verantwortung des Landkreises liegen, sondern Auswirkungen einer verfehlten Schulpolitik sei, die die Landkreise ausbaden müssen.

KR Buhl betont, dass der Wunsch und die Not nachvollziehbar sei. Dennoch gebe es Schulen, bei denen die Not noch größer sei und deswegen in der Reihenfolge an einer vorderen Stelle stehen. Weiter bittet er den Schulleiter um eine Prognose, ob die Schülerzahlen auch noch in einigen Jahren diesen Bedarf rechtfertigen.

Schulleiter Kraus berichtet, dass die mittel- und langfristige Schülerentwicklung nicht voraussehbar sei. Vor drei Jahren haben sich 114 Schüler, vor zwei Jahren 140 Schüler und im

letzten Jahr 168 Schüler eingeschrieben. Gehofft werde, dass die Entwicklung nicht so weitergeht.

KR Buhl kritisiert die Zweckentfremdung der IZBB Räume, die vielleicht vorübergehend aber nicht auf Dauer von der Regierung von Schwaben geduldet werde. Hier stehe der Landkreis im Wort, dass diese IZBB-Räume nicht in Klassenzimmer umgewandelt werden dürfen. Überlegt werden solle, wie lang dies überhaupt möglich sei. Das Schulgutachten, welches immer zu 50 % stimme, sei hier bereits strapaziert worden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der Schulleiter den Bedarf nicht ausgedacht habe. Tatsache sei, dass aufgrund des sehr ehrgeizigen Investitionsprogramms eine Sanierung in Gersthofen vor 2013 nicht realistisch sei. Dies sei finanziell, ohne eine Erhöhung der Kreisumlage, nicht stemmbar. Weiter schlägt er vor, das Bauprogramm hinsichtlich der Förderfähigkeit und Anrechenbarkeit mit der Regierung von Schwaben abzuklären. Auch sollen die Schulthemen in einer gemeinsamen Sitzung des Schul- und Kulturausschusses und des Bauausschusses behandelt werden. Hierzu solle zeitnah eine Sitzung in Gersthofen stattfinden. Eventuell könne eine Lösung gefunden werden, die substantiell für eine gewisse Zeit hilfreich sei. Wenn die Entwicklungen der Schülerzahlen absehbar seien, sei dem Grunde nach schon alles geklärt, so dass man in die Planung und auch in eine Investitionsplanung eintreten könne. Zum heutigen Zeitpunkt könne kein abschließendes Urteil über die Lage gefällt werden. Zuerst solle noch im Herbst eine Besichtigung des Paul-Klee-Gymnasiums durchgeführt. In diesem Zusammenhang könnten auch weitere Schulen, bei denen Maßnahmen anstehen, mit besichtigt werden.

Mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise besteht seitens der Mitglieder Einverständnis, woraufhin folgender Beschluss gefasst wurde

Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss nimmt den derzeitigen Stand des Bauprogramms zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, das vorliegende Bauprogramm mit der Regierung von Schwaben als Grundlage für weitere Planungen abzustimmen und dann abschließend dem Schul- und Kulturausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 5 Verschiedenes

Der Vorsitzende bedankt sich bei Schulleiter Kraus für die geleistete Arbeit in Diedorf. Hierbei handelt es sich um eine nochmalige Belastung des Kollegiums. Daraufhin bittet **KR Hölzl** um einen kurzen Sachstandsbericht.

Schulleiter Kraus betont, dass nach dem ersten Schreck, sehr schnell die Chance erkannt wurde. Herr Manhardt, Ansprechpartner für Schüler und Eltern in Diedorf, sei für neue Ideen äußerst zugänglich und habe die Umsetzung in die Hand genommen. Keiner der dort beschäftigten Lehrer musste abgeordnet werden. Es gab mehr Freiwillige, wie benötigt. Das Kollegium habe sich ein Wochenende in Roggenburg getroffen, um die Schule zu planen. Diese Dinge werden umgesetzt und neue Ideen, wie z.B. ein Notenmanager oder ein Klassenbuch erprobt. Herr Manhardt und sein Team sei sehr motiviert und die ersten Wochen seien sehr gut verlaufen.

Derzeit werden 3 Klassen mit 20 Schülern beschult, was bei den umliegenden Gymnasien nicht nur zur Freude führte. Die Möglichkeit wurde seitens des Ministeriums gewährt. Man stehe jetzt unter Zugzwang und müsse zeigen, ob mit 20 Schülern besser gearbeitet werden könne als mit 30 Schülern.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Information.

Herr Falkenhein informiert die Anwesenden, dass Zivildienstleistende nicht mehr allzu üppig zur Verfügung stehen. Diese haben in den letzten Jahren das Personal im Kreisjugendheim Dinkelscherben sehr gut unterstützt. Hier werde die Gefahr gesehen, dass sich diese auf einen Zeitraum reduzieren, wo kein sinnvoller Dienstablauf organisiert werden könne. Deshalb werde im Stellenplan 2011 eine Stelle zur Unterstützung des Heimleiterbereichs eingeplant. Ob es sich um eine Vollzeitstelle handle, sei noch nicht bekannt.

Weiter falle bereits seit 5 Wochen der Hausmeister krankheitsbedingt aus. Dieser werde aufgrund einer OP auch noch bis Ende des Jahres nicht zur Verfügung stehen, was eine 7 Tage Woche für den Heimleiter bedeutet. Überlegt werde derzeit, ob Unterstützung vom Bauhof organisiert werden könne.

Die Anforderungen hinsichtlich der Anwesenheit und Verfügbarkeit bei Übernachtungshäusern aufgrund vorgeschriebener Erreichbarkeiten sei höher als anderswo. Deswegen müsse überlegt werden, wie Herr Gruber zumindest kurzfristig entlastet werden könne. Mittelfristig müssen dann noch die Zivildienstleistenden kompensiert werden.

Weiter informiert **Herr Falkenhein** von einem Wasserschaden beim Justus-von-Liebig-Gymnasium in der ersten Ferienwoche. Die Reinigungsfirma, die mit den Innenhofreinigungsarbeiten an der Fassade befasst war, hat unsachgemäß einen Wasserschlauch angeschlossen, welcher über Nacht nicht abgesperrt wurde. Dieser Schlauch war im 3. Stock angebracht und löste sich. Über Nacht wurde bis zum Kellergeschoss alles unter Wasser gesetzt, so dass 1/3 des Gebäudes total durchfeuchtet war. Zu Beginn der Sommerferien mussten viele Klassenzimmer notbelüftet und getrocknet werden. Derzeit seien wieder alle Klassenzimmer und Verwaltungsräume in Betrieb. Teilweise aber mit offenen Decken, gewässerten Wänden und notdürftig hergerichteten Böden. Durch diesen Wasserschaden stand die Verwaltung von einem Tag auf den anderen vor einer mittelgroßen Baustelle, die

zusätzlich vom Hochbauamt bewältigt werden musste. Dies funktionierte auch in hervorragender Weise.

Der Vorsitzende ergänzt, dass versucht wurde den Schulbetrieb möglichst schnell zu organisieren, wofür er den Beteiligten vor Ort dankt. In den Herbstferien werden dann die Schönheitsreparaturen in Angriff genommen.

TOP 6 Wünsche und Anfragen

KR Hölzl erklärt in der Zeitung von der geplanten gemeinsamen Sitzung zum Thema Gymnasium im Landratsamt Aichach-Friedberg gelesen zu haben, weshalb er sich erkundigt, warum der Landkreis Augsburg hier gefordert sei und, für wann die Sitzung geplant sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung am 11.10.2010, um 14:10 Uhr in Aichach zusammen mit den Ausschüssen der Stadt Augsburg und des Landkreises Aichach-Friedberg stattfindet. Hier solle jeweils die gymnasiale Versorgung der Gebietskörperschaften dargestellt werden, woraus sich dann ableitet, dass auch im Landkreis Aichach-Friedberg ein weiteres Gymnasium zur Entlastung der städtischen Schulen Sinn macht.

Für selbstverständlich hält er, dass der Landkreis Augsburg, den Landkreis Aichach-Friedberg bei seinen Bemühungen unterstütze. Die Beschlussfassung sei natürlich den Gremien des Landkreises Aichach-Friedberg vorbehalten.

Bezüglich der neu ausgeschriebenen Schulbusverkehre erklärt **KR Buhl**, dass ihn einige Horrormeldungen erreichen, weshalb er nachfragt, ob auch bei der Verwaltung diese Klagen landen. Dass es anfänglich immer Probleme gebe, liege auf der Hand. Weiter wurde erwähnt, dass zusätzliche Linien eingerichtet werden mussten, was für ihn unverständlich sei, weil die Ausschreibung beinhaltete, dass die Verkehre vom Anbieter organisiert werden. Die Verwaltung bittet er um eine Auflistung der Linien und eine Gegenüberstellung, welche Leistungen ausgeschrieben wurden und welche Kosten tatsächlich anfallen.

Betreffend das Leonhard-Wagner-Schulzentrum Schwabmünchen erinnert er an den Ortstermin, der am 17.06.2010 stattgefunden habe. Über diesen wurde ein Protokoll gefertigt. Bislang sei bis auf den Punkt der Aufpflasterung nichts umgesetzt worden. Scheinbar habe er mit dem Ortstermin erreicht, dass sich der Stadtrat der Stadt Schwabmünchen damit befasst, den gesamten Schulweg verkehrssicherer zu machen. Dies habe ihm auch der dortige Bürgermeister bestätigt. Dies betreffe allerdings nicht den Landkreis. Ihn als Kreisrat interessiere eigentlich nur die Haltestellen, an welchen die Kinder ein- und aussteigen. Deswegen bittet er die Verwaltung hier nach zu haken. Für den Fall, dass etwas passiere, würde er sich nicht scheuen, dies entsprechend dazustellen.

Was die Ausschreibung betrifft, erklärt **Herr Püschel**, dass nicht ausgeschrieben wurde, damit es billiger wird, sondern, weil der Landkreis europarechtlich hierzu gezwungen wurde. Befürchtet wurde, dass es dadurch teurer werde. Derzeit passiere nicht die Einrichtung neuer Linien, sondern das Nachtarieren. An den Stellen, wo es Schwierigkeiten gebe, werde nachgesteuert. Der Großteil der Schüler werde aber bereits jetzt anständig transportiert. Bekannt sei, dass insbesondere bei den Förderschulen nachtariert werden müssen. Die besten Kontrolleure stellen die Schüler und Eltern selbst dar, die die Verwaltung über die Probleme informieren.

Die erste Woche, war die Anlaufwoche, in welcher noch nicht nach Plan gefahren wurde. Dies hänge damit zusammen, dass die Schulen noch nicht das volle Programm führen.

Ende der ersten Woche werde nun festgestellt, wo der Bedarf einer Nachtarierung besteht, was er an einigen Beispielen festmacht. Der Busunternehmer plant aufgrund der Wirtschaftlichkeit die Linien selbst. Die Verwaltung müsse kontrollieren, ob diese noch verhältnismäßig und zumutbar seien. Werde die eine oder andere Linie für unzumutbar gehalten, müsse man sich eine Alternative überlegen, die im Zweifel teurer komme. Hierbei werden die Ausschussmitglieder mit einbezogen, da diese hierüber auch zu entscheiden haben.

Der Vorsitzende betont, dass hierüber zu gegebener Zeit ein Bericht erfolge.

KR Buhl bemerkt, dass es eine reine Kontrolle nicht gebe. Für mühselig hält er, dass die Eltern bei ihm anrufen und sich beklagen. Daraufhin erklärt **der Vorsitzende**, dass alle Klagen an die Verwaltung weitergeleitet werden sollen.

Laut **Herr Püschel** habe man sich während der Ausschreibung bereits über die Qualitätssicherungsmaßnahmen unterhalten und es wurde überlegt, wie diese kontrollierbar seien. Hier gebe es Möglichkeiten, eventuell auch unter der Zuhilfenahme von Dritten, eine Kontrolle vorzunehmen. Der AVV führe Qualitätskontrollen durch, mit welchem man sich seiner Meinung nach zusammenschließen könnte. Abschließend bittet er, das Ganze erst einmal anlaufen zu lassen.

Herr Falkenhein ergänzt, dass seit 2 Wochen mit 2 Mitarbeiterinnen nur Beschwerden bearbeitet und Nachsteuerungen vorgenommen werden. Dies bedeutet, dass Eltern und Schulleitung sehr wohl bekannt sei, an wen sie sich wenden können. Von Anfang an war klar, dass nach den ersten 3 Wochen, mit allen Schulen, Elternvertretern, Busunternehmern und der Verwaltung, Termine anberaumt werden, wo die Thematik gemeinsam durchgesprochen werden solle.

Betreffend die Situation in Schwabmünchen erklärt er, immer in Kontakt mit den Schwabmünchnern Ansprechpartner gestanden zu haben. Über die Sommerpause laufe naturgemäß das eine oder andere nicht so intensiv. Mittlerweile seien die Ausstiege verbessert worden. Auch er zeigt sich überrascht, dass die Absperrungen noch nicht ergänzt wurden, da dies von der Stadt in Aussicht gestellt wurde. Wiederholt habe er den Busunternehmer gebeten, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung im Hinblick auf einen anderen Ausstieg vorzulegen. Hierbei handelt es sich genau um den Busunternehmer, den zurzeit viele Beschwerden im Hinblick auf die Christophorus-Schule erreichen. Momentan habe das Tagesgeschäft Vorrang. Bereits damals habe der Unternehmer hierzu ausgesagt, dass es nicht billiger werden würde, nur liege derzeit noch keine Berechnung vor. Gehofft werde, dass diese bald zur Entscheidung vorliege.

KR Buhl bemerkt, dass kein Geld benötigt werden würde, wenn den Schülern der Durchgang durch den Tunnel erleichtert werde. Hierzu werde eventuell der Einsatz eines Schulweghelfers benötigt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein Stückweit hier die Schule in die Pflicht genommen werden könne. Weiter sichert er einen Bericht hierüber zu.

KR'in Trautner begrüßt es, dass das Thema Schülerverkehr angesprochen wurde und ein Bericht in der nächsten Sitzung erfolgen solle. Auch sie haben Beschwerden über extrem lange Fahrzeiten erreicht.

KR Buhl erkundigt sich nach dem Sachstand des „Innovativen Bauens“. Über die Richtlinien der Bauverwaltung wurde mittlerweile beraten. Weiter sei bislang aber nichts erfolgt.

Der Vorsitzende sicherte eine Behandlung in der nächsten Sitzung zu.

21. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses 28.09.2010